



Parlamentsdienste
Services parlementaires

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Parlamentsdienste des Grossen Rates

Tätigkeitsbericht 2021

Inhaltsverzeichnis

1.	Parlamentsdienste	3
1.1	Schwerpunkte	3
1.2	Personelles und Organisatorisches.....	3
2.	Beratung Grosse Rat.....	4
3.	Kommissionendienst.....	4
3.1	Aufsichtskommissionen	5
3.2	Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK).....	5
3.3	Sachbereichskommissionen	5
3.3.1	Bildungskommission (BiK)	5
3.3.2	Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)	6
3.3.3	Bau-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	6
3.3.4	Sicherheitskommission (SiK)	6
4.	Rechtsdienst Grosse Rat	6
5.	Betrieb	7
6.	Weiteres.....	7
6.1	Wahlen ratseigener Organe und Wahlen der Gerichtsbehörden	7
6.2	Weitere Aufgaben	8

1. Parlamentsdienste

1.1 Schwerpunkte

Der Grosse Rat und damit die Parlamentsdienste waren im Berichtsjahr wiederum stark durch die Covid-19-Pandemie und die sich stets ändernden Rahmenbedingungen und Schutzauflagen gefordert. Kurzfristig mussten immer wieder die neuen Vorgaben analysiert und für den Rat und seine Organe angepasst und auch in den Parlamentsdiensten umgesetzt werden. Hilfreich war dabei die Konferenz der Ratssekretäre und Ratssekretärinnen (KoRa), die den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamentsdiensten ermöglichte. Die Frühlingssession und die Sommersession 2021 fanden nochmals in den Messehallen der Bernexpo statt, wobei die Sommersession erstmals nicht mehr in der Festhalle, sondern in der Messehalle 2.2 durchgeführt wurde. Die bedingte einen Umzug der gesamten Infrastruktur und das Einrichten der ganzen Technik und der Anschlüsse an einem neuen Ort, was einen wesentlichen Mehraufwand für die Parlamentsdienste, die Rathausverwaltung und das kantonale Amt für Informatik (KAIO) bedeutete. Dank dem grossen Einsatz aller Beteiligten aus der Verwaltung, dem Team von Bernexpo sowie den Lieferanten und Betreibern der technischen Anlagen, konnte der Rat wie geplant tagen und alle traktandierten Geschäfte behandeln. Die Herbstsession und die Wintersession konnten wieder im Rathaus durchgeführt werden, wobei die Wintersession sehr stark belastet war und Geschäfte der 2. Priorität in die Frühjahressession 2022 verschoben werden mussten. Diese wurde vorsorglich um eine dritte Woche verlängert und findet nun vom 7. – 24. März 2022 statt.

Eine vom Büro eingesetzte und vom Vizepräsidenten des Grossen Rates geleitete Arbeitsgruppe hat in einem Schnellverfahren gesetzliche Anpassungen erarbeitet, die es ab der kommenden Legislatur dem Rat ermöglichen, dass in Krisensituationen der Rat und seine Gremien allenfalls von extern Abstimmen und auch Zirkularbeschlüsse fällen kann, und Kommissionen sowie Ausschüsse bei Bedarf auch mittels Videokonferenzen tagen können. Die Anpassungen wurden vom Grossen Rat in der Wintersession genehmigt und treten per 1. Juni 2022 in Kraft. Auf dieses Datum hin werden die Ratsdebatten auch mittels Videostream live ins Internet übertragen.

Die Parlamentsdienste haben die Hygiene- und Schutzmassnahmen während der gesamten Zeit strikt umgesetzt. Wenn möglich arbeiteten die Mitarbeitenden der Parlamentsdienst im Homeoffice, gemäss der zeitweiligen Homeoffice Pflicht des Bundes und später der Homeoffice Empfehlung der kantonalen Behörden. Trotz dieser Vorkehrungen kam es bei drei Personen, die alle bereits zweimal geimpft waren zu Ansteckungen, die im familiären Bereich erfolgt waren. Verschiedene Mitarbeitende mussten sich in Quarantäne begeben, da in ihrem nächsten Umfeld Personen angesteckt worden waren oder in Quarantäne gehen mussten. Dank einer vorausschauenden Planung wurden die Ausfälle durch Stellvertretungen aufgefangen und der Rat und seine Organe konnten jederzeit tagen und ihre Aufgaben wahrnehmen. Hilfreich war einmal mehr die bereits 2019 eingeführte Arbeitsumgebung, die ein Arbeiten auch im Homeoffice ermöglichte. Nach nun bald zwei Jahren der Arbeit unter den Pandemiebedingungen, wünschen sich alle eine Rückkehr zur Normalität, die Möglichkeit vor Ort zu arbeiten und vermehrten Austausch im Team.

1.2 Personelles und Organisatorisches

Die Parlamentsdienste sind in die vier Bereiche Beratung Grosser Rat, Kommissionendienst, Rechtsdienst Grosser Rat und Betrieb gegliedert. 32 Personen teilen sich 19,6 Vollstellen (23 Frauen und 9 Männer). 18 Personen arbeiten Teilzeit (zwischen 25 und 70 Prozent), die restlichen 14 zwischen 80 und 100 Prozent. Die Parlamentsdienste bilden auch Hochschul-Praktikanten und -Praktikantinnen aus.

2. Beratung Grosser Rat

Der Bereich Beratung Grosser Rat ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Sessionen, die Organisation und Durchführung der Präsidiums- und Bürositzungen sowie die Unterstützung und Beratung des Grossratspräsidiums vor, während und nach den Sessionen. Dabei wird eng mit dem Amt für Regierungsunterstützung und politische Rechte sowie dem Amt für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und Ressourcen der Staatskanzlei zusammengearbeitet.

Die Dienstleistungen des Guichets, der zentralen Anlaufstelle für den Grossen Rat, umfassen nebst der Betreuung des Sekretariats, der Erstellung und Publikation der Beschlussdokumente und -protokolle des Grossen Rates, der Erfassung und Publikation der parlamentarischen Vorstösse in deutscher und französischer Sprache sowie dem Controlling der überwiesenen Planungserklärungen auch das Erfassen und Bearbeiten der Mutationen im Grossen Rat. Das Guichet unterstützt zudem das Grossratspräsidium sowie das Büro bei der Organisation und Durchführung der diversen Auftritte und Veranstaltungen.

Das Berichtsjahr zeichnete sich erneut durch eine anhaltend hohe Arbeitslast aus. Diese ist einerseits auf den inhaltlichen und organisatorischen Zusatzaufwand rund um die Corona-Pandemie zurückzuführen, andererseits auf den bevorstehenden Legislaturwechsel 2022. Die grosse Zahl an Geschäften hat die Leiterin Beratung sowie das Guichet gleichermaßen stark belastet. Der Eingang und die Bearbeitung einer erneut sehr hohen Anzahl an parlamentarischen Vorstössen taten ihr Übriges. Die Sessionen haben durchwegs die vollen zwei Wochen in Anspruch genommen, wobei die Frühlingssession 2021 sogar um einen Tag verlängert werden musste. In der Wintersession 2021 führte die hohe Geschäftslast zu einer Priorisierung der Geschäfte. Aus Zeitmangel musste der grösste Teil der nicht dringlichen Vorstösse in die Frühlingssession 2022 verschoben werden.

3. Kommissionendienst

Der Kommissionendienst stellt die administrative, organisatorische und inhaltliche Betreuung der acht ständigen parlamentarischen Kommissionen sicher und ist insbesondere für die reibungslose Durchführung der Kommissionssitzungen verantwortlich. Auch die Kommissionssekretariate hat die instabile Corona-Situation gefordert. Die Durchführung der Kommissionssitzungen konnte aber trotz immer wieder ändernden Rahmenbedingungen sichergestellt werden. Der Beschluss, die Sitzungen grundsätzlich nur in Sitzungszimmern durchzuführen, in denen die geforderten Mindestabstände eingehalten werden konnte, hat sich bewährt. Die Organisation von genügend grossen Sitzungszimmern, insbesondere auch während des Umbaus des Rathauses war nur dank Zusatzaufwand auch von Seiten Rathausverwaltung möglich. Quarantäne, Homeoffice-Vorgaben und drohende krankheitsbedingte Ausfälle im Team bedingten ausserdem laufende Absprachen, Eventualplanungen und oft auch kurzfristige ausserordentliche Einsätze. Entlastet hat der Beschluss des Büros, in den Kommissionen auf die Zustellung von Papierversänden zu verzichten. Dank der guten Zusammenarbeit und dem regelmässigen und engen Austausch untereinander, konnte der Dienst die Herausforderungen gut meistern.

Stark gefordert wurden die Sekretariate im Berichtsjahr durch die hohe Geschäftslast, insbesondere durch die vielen grossen und zum Teil komplexen Geschäfte. Der nahende Legislaturwechsel machte sich auch in den Aufsichtskommissionen bemerkbar. So wurden grosse Untersuchungen abgeschlossen oder sind in Vorbereitung für die nächste Session. Nahezu alle Kommissionen beschäftigten ausserdem die Diskussionen rund um die Fragen der Investitionspriorisierung, was eine enge Zusammenarbeit zwischen und viel Vorarbeiten von Seiten der Kommissionssekretariate erforderte. Die Geschäftslast schlägt sich auch in der Anzahl Sitzungen der Kommissionen und Ausschüsse nieder. Im Vergleich zum Vorjahr wurden rund 100 Sitzungen und somit 280 Sitzungsstunden mehr organisiert und durchgeführt als 2020.

Innerhalb des Teams kam es zu einem Wechsel in der Leitung des Dienstes. Ausserdem konnte auf Mitte Jahr die Stelle der geschäftsleitenden Kommissionssekretärin der BiK und die Stelle des wissenschaftlichen

Mitarbeiters der FiKo wiederbesetzt werden. Zur Betreuung des Ausschusses Blausee konnte eine befristete Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter besetzt werden.

3.1 Aufsichtskommissionen

Für die Berichterstattung der Aufsichtskommissionen wird auf die jeweiligen Tätigkeitsberichte verwiesen, die dem Grossen Rat in der Sommersession 2022 zur Kenntnis gebracht werden.

3.2 Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) hat insgesamt 16 Plenumsitzungen und 16 Ausschusssitzungen abgehalten. Drei Sitzungen wurden dabei aufgrund der Corona-Situation als Videokonferenz durchgeführt. Die SAK hat 11 Erlasse, drei Berichte, eine parlamentarische Initiative und je einen Kredit und interkantonalen Vertrag zuhanden des Grossen Rates vorberaten. Mehrere Mitglieder der SAK vertreten zudem den Kanton Bern in interparlamentarischen Gremien und haben in diesem Rahmen an insgesamt 16 Sitzungen oder Telefonkonferenzen teilgenommen.

Zu den Schwerpunkten der Kommissionstätigkeit gehörten wiederum die Arbeiten zur parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen». Diese konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden; der Grosse Rat hat die entsprechende Verfassungsänderung in der Wintersession 2021 beschlossen. Wichtig waren zudem die diversen Erlassberatungen, darunter die Änderung des Sonderstatutgesetzes und das neue Gesetz über die digitale Verwaltung.

Im Jahr 2021 hat die SAK zwei Abstimmungsvorlagen erarbeitet und in öffentlicher Sitzung verabschiedet. Das im Vorjahr gestartete Projekt zur gestalterischen und inhaltlichen Überarbeitung der Abstimmungserläuterungen konnte erfolgreich vorangetrieben werden. Die Abstimmungserläuterungen für die Abstimmung vom Mai 2022 werden im neuen Layout erscheinen.

Schliesslich hat die SAK im Sinne der parlamentarischen Oberaufsicht gemäss Art. 39 Abs. 6 Bst. d GO insgesamt neun Geschäfte zur Kenntnis genommen, die vom Regierungsrat in alleiniger Zuständigkeit abgeschlossen worden waren.

3.3 Sachbereichskommissionen

3.3.1 Bildungskommission (BiK)

Die Bildungskommission (BiK) hat an insgesamt 24 Plenumsitzungen die ihr zugewiesenen Geschäfte für den Grossen Rat vorberaten. Schwergewichtig setzte sie sich dabei mit dem Volksschulgesetz und den Gesetzen der drei kantonalen Hochschulen auseinander. Insbesondere die Beratung der Gesetze über die Universität, über die deutschsprachige pädagogische Hochschule und die Berner Fachhochschule hat die Kommission gefordert, da die Vorlagen parallel pro Themenbereich diskutiert werden mussten. Die Kommission hat sich auch ausführlich mit der vom Regierungsrat vorgelegten Investitionspriorisierung im Hochbau im Bildungsbereich befasst und stand diesbezüglich in engem Austausch mit der Finanzkommission und der Bau-, Verkehrs- und Raumplanungskommission.

3.3.2 Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) hat im Berichtsjahr 19 Plenumsitzungen und 8 Ausschusssitzungen abgehalten. Trotz Corona konnten alle Plenumsitzungen physisch stattfinden. Besonders intensiv beschäftigt hat sich die Kommission 2021 mit der vom Regierungsrat beabsichtigten Ausgliederung der kantonalen Kinder- und Jugendheime. Im Rahmen der Vorberatung hat die GSoK alle betroffenen Institutionen angehört und die mitberichtenden Kommissionen BiK und FiKo ebenfalls dazu eingeladen.

Weitere bedeutende Geschäfte der GSoK im Jahr 2021 waren der Kredit über den Neubau des Spitalzentrums Biel, der Familienbericht 2021, die Anpassung des Gesundheitsgesetzes sowie die Rahmenkredite 2022-2023 gemäss Art. 129 des im Berichtsjahr ebenfalls zu Ende beratenen Gesetzes über die sozialen Leistungsangebote (SLG).

Schliesslich hat sich die GSoK auch im zweiten Jahr der Pandemie stets ausführlich über die aktuelle Corona-Lage im Kanton Bern informieren lassen. Nach der Rückkehr zu den ordentlichen Ausgabenkompetenzen hat die Kommission denn auch den Pandemiekredit für das Jahr 2022 vorberaten.

3.3.3 Bau-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) tagte 2021 an 20 Plenumsitzungen (zuzüglich 3 Ausschuss-Sitzungen) und beriet dabei die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes und 24 Kreditgeschäfte vor.

Ein Schwerpunkt in der Kommissionsarbeit bildete wiederum die parlamentarische Initiative 187-2018, «Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Kantonsverfassung verankern». Die Verfassungsänderung wurde in der Frühlingssession 2021 in zweiter Lesung beraten. In der Abstimmung vom 26. September 2021 wurde der Klimaschutzartikel von der Berner Stimmbevölkerung mit 63,3 Prozent deutlich angenommen.

Weitere bedeutenden Geschäfte waren der Beschluss über das Angebot im öffentlichen Verkehr, der Strassennetzplan 2022-2037 sowie wie die Änderung des kantonalen Energiegesetzes. Das Energiegesetz wurde in der Wintersession 2021 im Grossen Rat in 1. Lesung beraten.

3.3.4 Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission (SiK) hat 22 Sitzungen durchgeführt und sich ausführlich mit den Änderungen des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Asylgesetz, dem Sportförderungsgesetz und dem Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge auseinandergesetzt. Ein Schwerpunkt der Kommissionsarbeit bildeten die Diskussionen rund um die Frage der Auslagerung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes. Ausserdem beschäftigte sich die Kommission mit der Analyse zur Beteiligung des Kantons an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch. Der dem Parlament vorgelegte Bericht ging auf eine Kommissionsmotion der SiK zurück. Weiter beriet die Kommission diverse weitere Geschäfte im Bereich Polizei und Justizvollzug vor und setzte sich auch mit dem Thema Investitionspriorisierung im Bereich der Sicherheit auseinander.

4. Rechtsdienst Grosser Rat

Die Rechtsberatung umfasste im Berichtsjahr wie schon im Vorjahr diverse rechtliche Abklärungen zu den Auswirkungen der Corona-Situation auf den Grossen Rat und seine Organe (z.B. zu Frage Zertifikatspflicht).

Zudem unterstützte der Rechtsdienst den Ausschuss PrüfPar des Büros massgeblich bei den Arbeiten zur Überprüfung des Handelns des Grossen Rates in ausserordentlichen Lagen, insbesondere bei der Ausarbeitung einer Vorlage zum Abstimmen von extern in Krisensituationen (Teilrevision Grossratsgesetzgebung, Inkraftsetzung 1.6.2022).

Die Rechtsberatung umfasste weiter rechtliche Abklärungen für die Kommissionen, wie etwa für die Geschäftsprüfungskommission hinsichtlich eines Akteneinsichtsgesuchs oder für die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen zu verschiedenen Belangen der Abstimmungserläuterungen. Ferner unterstützte der Rechtsdienst die Kommissionen auch bei von ihnen zu behandelnden parlamentarischen Initiativen (285-2017 «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen», 187-2018 «Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Kantonsverfassung verankern», 189-2019 «Mehrjahresbetrachtung bei der Schuldenbremse für die Investitionsrechnung»). Der Rechtsdienst unterstützte weiter das Büro bei der Beantwortung parlamentseigener Vorstösse und tätigte allgemein die Rechtsberatung für das Präsidium, die Ratsorgane und die Ratsmitglieder in Verfahrens- und Rechtsfragen.

5. Betrieb

Der Betrieb stellte wie in den vergangenen Jahren die allgemeinen Dienstleistungen sicher, beispielsweise die Einsatzplanung der Protokollführenden, die Protokollierung, die Qualitätssicherung bei den Protokollen, die administrative Vor- und Nachbereitung von Kommissionssitzungen oder Versandarbeiten, und ist zudem verantwortlich für das Prozessmanagement. Weiter obliegt ihm die Sicherstellung der Verfügbarkeit des elektronischen Geschäftsverwaltungs-/Sitzungsmanagements und der Grossrats-App sowie deren Bewirtschaftung und Weiterentwicklung. Dazu gehört auch der entsprechende Support der Grossratsmitglieder. Zudem ist der Betrieb zuständig für die Organisation und Durchführung von Besuchen.

Die wiederum hohe Sitzungskadenz, die wechselnden Sessionstagesorte sowie die Durchführung von Videokommissionssitzungen banden sowohl beim Digitalen Management wie auch bei der Redaktion Grosser Rat viele Ressourcen und bedingten von allen Mitarbeitenden grosse Flexibilität sowie eine sehr hohe Einsatzbereitschaft.

Wir bedanken uns an dieser Stelle erneut gerne bei den Teams des Rathauses, den verschiedenen Abteilungen der Staatskanzlei, beim Übersetzungsdienst und bei den Simultandolmetscherinnen für die stets gute Zusammenarbeit und ihre Unterstützung.

Im Herbst konnte das Büro die zweitägige Réunions des Bureaux des parlements de Suisse romande, de Berne et du Tessin in Tramelan durchführen. Alle anderen geplanten Besuche und Anlässe mussten Corona-bedingt leider erneut abgesagt oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

6. Weiteres

6.1 Wahlen ratseigener Organe und Wahlen der Gerichtsbehörden

Die Parlamentsdienste haben im Berichtsjahr wiederum die Wahlen der Organe des Grossen Rates, vorab die Wahlen der Präsidien und Kommissionen in der Junisession, sowie verschiedene Ersatzwahlen in die ständigen Kommissionen und die Ersatzwahlen der Mitglieder der Gerichtsbehörden vorbereitet und sind den Stimmzählerinnen und -zählern bei der Auszählung administrativ zur Seite gestanden.

6.2 Weitere Aufgaben

Zwei Delegationen der nationalen Parlamente aus der Ukraine und aus Indonesien sowie eine Delegation von Mitarbeitenden von Abgeordneten der französischen Nationalversammlung konnten empfangen und dabei Fragen zum Minderheitenschutz und zur Bürgerbeteiligung diskutiert werden. Die drei Anlässe wurden in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und Präsenz Schweiz durchgeführt.